

Antrag

der AfD-Fraktion

„Auf den Lehrer kommt es an!“ Lehrerberuf in Berlin wieder attraktiv machen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, ein Maßnahmenpaket umzusetzen, das den Lehrerberuf in Berlin wieder attraktiv macht. Ziel muss es sein, Lehrer im Land Berlin zu halten, stressbedingten Erkrankungen bei Lehrern vorzubeugen und die Motivation des Lehrkörpers auf einem hohen Niveau zu halten. Folgende Punkte müssen dabei enthalten sein:

1. Entlastung der Lehrer von unterrichtsfremden Tätigkeiten und Entbürokratisierung: Mehr Raum für Eigenverantwortlichkeit der Lehrer; Schulinspektion abschaffen
2. Eltern-Aktivierung: Entlastung der Lehrer durch Inpflichtnahme der Eltern
3. Entlastung der Lehrer durch Stärkung von Selbstdisziplin, Grit, Affektkontrolle und Frustrationstoleranz der Schüler. Angriffe auf die Autorität des Lehrers konsequent ahnden
4. Entlastung der Lehrer durch ein Programm zur Kehrtwende an Brennpunktschulen: Evidenzbasierte Schulentwicklung statt teurer Symbolpolitik; Stärkung der Schulentwicklung durch Befreiung der Schulleiter von der Unterrichtsverpflichtung; Anrechnungstunden statt Brennpunktzulage
5. Null-Toleranz-Strategie und konsequenter Schutz der Lehrer bei Gewalt und Bedrohungen durch übergriffige Schüler; alternative Formen der Beschulung für „unbeschulbare“ Kinder und Jugendliche entwickeln.

6. Entlastung der Lehrer durch leistungshomogene Klassenzusammensetzung wie „Deutschgarantieklassen“
7. Reduzierung der Klassengrößen durch parallele Beschulung von Flüchtlingskindern in Ausländerregelklassen (nach den Curricula ihrer Herkunftsländer) mit dem Ziel der Rückführung
8. Beendigung der radikalen Inklusion zugunsten einer Inklusion mit Augenmaß. Sicherung des Förderschulsystems.
9. Zeitgemäßes Arbeitszeitmodell statt Deputatsmodell: Jahresarbeitszeitmodell, basierend auf der Erfassung der tatsächlichen Arbeitszeit der Lehrkräfte (orientiert an der Praxis in Hamburg), Wiedereinführung des Arbeitszeitkontos
10. Stipendienprogramm für Lehramtsstudenten in den Mangelfächern, basierend auf einem Eignungstest und einer Verpflichtung, in Berlin als Lehrer zu arbeiten.
11. Unbürokratische Einstellung an der Wunschschule: Schulscharfe Ausschreibung und Bewerbung sowie Vorverträge zwischen Schulen und Lehramtsanwärtern ermöglichen. Keine Verpflichtung zur Teilnahme am „Lehrercasting“, keine Wartezeit auf Nachrücklisten. Einstellungszusage für alle Referendare aufrechterhalten, keine Zwangssteuerung der Bewerber in die sog. Bedarfsbezirke
12. Konzept zur langfristigen Bindung von Lehrkräften, um chronische Erkrankung und Lehrerflucht zu verhindern: Ursachenforschung zur Lehrerflucht; Prävention in der Einstiegs- und Senioritätsphase von Lehrkräften; Trainings zur Gesundheitsförderung; Präsentismus (Berufsausübung trotz Krankheit) als Problem begreifen; Mentoring für Junglehrer zum Gesundheitsschutz und zur Qualitätssicherung; Anträge auf Umsetzung innerhalb Berlins unbürokratischer handhaben.
13. Attraktiver Arbeitsplatz auch im räumlichen Sinn: Zusätzliche Mittel zur Renovierung und Gestaltung von Lehrerzimmern und Aufenthaltsräumen

Begründung

Der Mangel an ausgebildeten Lehrkräften ist das drängendste Problem in der Bildungspolitik in Berlin. Trotz der Wiedereinführung der Verbeamtung der Lehrer, die als wesentlicher Grund für den Weggang von Lehrern aus Berlin galt, verliert Berlin durch Kündigung, aus gesundheitlichen und privaten Gründen, durch Berufsunfähigkeit und Kündigungen jedes Jahr viele Lehrer. Im vergangenen Schuljahr 2023/24 waren es 2573 Lehrkräfte, wenn man alles zusammennimmt. Die Rückkehr zur Verbeamtung hat nicht den gewünschten Effekt gebracht. Offensichtlich muss es noch weitere Faktoren geben, die die Abwanderung von Lehrern aus Berlin begünstigen.

Der Senat muss hinsichtlich der Gründe für die Abwanderung von Lehrern ehrlicher werden (Vgl. [Drs 18//28298](#), Frage 3). Dazu gehört das Ereignis, dass die vielen Problemschulen zur Unattraktivität des Lehrerberufs in Berlin beitragen. Nur so kann dann auch der richtige Hebel

gefunden werden, um die Probleme zu lösen. Die LaiW-Studie nennt als Gründe für die berufliche Unzufriedenheit von Lehrern die lange Arbeitszeit, die Zunahme von Aufgaben, die Bürokratie, die hohe Belastung und behördliche Vorgaben.¹ An diesen Stellen sollten die Gegenmaßnahmen ansetzen.

1. Lehrer beklagen die Belastung durch unterrichtsfremde Tätigkeiten und bürokratische Vorgaben. Für Lehrer sollte mehr Raum für Eigenverantwortlichkeit geschaffen werden. Hier gilt es, Schulen durch zusätzliche Kräfte (Verwaltungskräfte, Schulassistenten, Schulsozialarbeit) zu unterstützen, wobei immer im Blick bleiben muss, dass Schulen früher auch ohne diesen zusätzlichen Apparat auskamen. Beim Einsatz von Verwaltungskräften muss zugleich darauf hingewirkt werden, Bürokratie abzubauen. Ebenso sollte der Einsatz von Schulsozialarbeitern temporär und bedarfsgerecht ausgerichtet werden. Die Schulinspektion in der Breite ist überflüssig und bedeutet oft nur unnötigen Mehraufwand.
2. Schulische Erfolge von Kindern hängen maßgeblich vom Bildungsinteresse und der Kompetenz der Eltern ab, Hilfen und Unterstützungsangebote zu nutzen. Eltern sollen aktiviert, nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Durch Inpflichtnahme der Eltern sollen Lehrer entlastet werden. Erziehung ist Aufgabe der Eltern, nicht der Lehrer.
3. Das deutsche Schulwesen beinhaltet ein Aufstiegsversprechen qua Bildung. Doch vielen Schülern geht der Lernwille ab. Auf ein natürliches Lerninteresse und quasi müheloses Lernen zu bauen, ist ein Irrweg. Schüler müssen auch zu Leistungsbereitschaft erzogen werden. Um einen erfolgreichen Unterricht zu ermöglichen, ist die Wiedergewinnung von Selbstdisziplin, die Herausbildung von Grit, Affektkontrolle und Frustrationstoleranz der Schüler unabdingbar. Zur Disziplin gehört auch der Respekt vor der Lehrkraft, Angriffe auf die Autorität des Lehrers sind konsequent zu ahnden.
4. Zur Entlastung der Lehrer ist ein wissenschaftsbasiertes Programm zur Kehrtwende an „Brennpunktschulen“ notwendig. Allein mit Geld ist Schulen in schwieriger Lage nicht geholfen. Zusätzliche Mittel für Schulen in schwieriger Lage (wie aus dem Bonusprogramm) dürfen nicht mehr pauschal gezahlt werden, sondern nur nach Vorliegen eines strategischen Konzepts zu einer Kehrtwende für die Schule. Ziel ist eine evidenzbasierte Schulentwicklung. Zur Stärkung der Schulentwicklung sind Schulleiter von der Unterrichtsverpflichtung zu befreien. Statt einer Brennpunktzulage sollte es Anrechnungstunden geben.
5. Lehrer an Berliner Schulen werden nicht selten körperlich angegangen oder bedroht. Dies wäre vor vierzig Jahren undenkbar gewesen. Um die Autorität des Lehrers zu stärken, bedarf es einer Null-Toleranz-Strategie, die konsequent Schutz der Lehrer bei Gewalt und Bedrohungen bietet. Übergriffiges Verhalten muss geahndet werden – bis hin zur Ausschulung, wenn der Schüler durch schweres oder wiederholtes Fehlverhalten die Erfüllung der Aufgaben der Schule oder die Rechte anderer ernstlich gefährdet oder verletzt hat. Für „unbeschulbare“ Kinder und Jugendliche müssen alternative Formen der Beschulung entwickelt werden.

¹ Vgl. Deutscher Philologenverband, Institut für Präventivmedizin, DAK-Gesundheit: [Lehrerarbeit im Wandel \(LaiW-Studie\)](#), 9. März 2020.

6. Heterogen zusammengesetzte Klassen bringen eine besondere Herausforderung für die Gestaltung des Unterrichts mit sich. Befinden sich in einer Klasse sozial auffällige Problemschüler, Schüler mit Förderbedarf, Schüler mit DaZ, ergibt sich daraus didaktisch und organisatorisch einen immensen Mehraufwand und eine nervliche Belastung für Lehrer. Die eigentliche Aufgabe, das Unterrichten, tritt vor dem Hintergrund multipler Problemlagen viel zu oft in den Hintergrund. Durch leistungshomogene Klassenzusammensetzung, wie z. B. „Deutschgarantieklassen“ können Lehrer entlastet werden.
7. Auch die Beendigung der radikalen Inklusion zugunsten einer Inklusion mit Augenmaß bringt eine Entlastung für Lehrer. Zieldifferenter Unterricht sollte nur an inklusiven Schwerpunktschulen möglich sein. Wie in Bayern können an allgemeinen Schulen Außenklassen von Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt (Partnerklassen) eingerichtet werden.
8. Das Berliner Schulsystem wird durch eine sehr große Zahl von Flüchtlingskindern zusätzlich belastet. Diese Kinder aus dem Ausland werden bei Bedarfs- und Kapazitätsentwicklung von Schulplätzen nicht mitberücksichtigt. Dies erschwert die Planung und lässt die Forderung nach Reduzierung der Klassengrößen als utopisch erscheinen. Tatsächlich könnte aber, wenn die Rückkehr in die Heimatländer zum Ziel gemacht wird, durch eine parallele Beschulung von Flüchtlingskindern in Ausländerregelklassen (sofern möglich nach den Curricula ihrer Herkunftsländer) eine Entlastung bei der Klassengröße geschaffen werden.
9. Die tatsächlich geleistete Arbeitszeit von Lehrern geht regelmäßig über eine 40-Stunden-Woche hinaus. Eine Reform des Arbeitszeitmodells ist überfällig. An die Stelle des Deputatsmodells muss, basierend auf der Erfassung der tatsächlichen Arbeitszeit der Lehrkräfte, ein zeitgemäßes Jahresarbeitszeitmodell treten. Orientierung bietet hier die bestehende Praxis in Hamburg. Die Umsetzung könnte über Pilot- und Modellversuche ablaufen. Auch das Arbeitszeitkonto sollte in diesem Zuge wiedereingeführt werden. Korrekturintensive Fächer müssen besonders berücksichtigt werden.
10. Stipendienprogramm für Lehramtsstudenten wurden von der AfD-Fraktion im Rahmen von Haushaltsberatungen wiederholt gefordert. Diese Studienförderung sollte gezielt eingesetzt werden, um die Mangelfächer abzudecken. Um wirklich geeignete Kandidaten für die Schule zu gewinnen, sollte das Stipendienprogramm an einen Eignungstest als Lehrer geknüpft werden. Damit sich die Investition für Berlin auch bezahlt macht, sollte eine Verpflichtung der Studenten, in Berlin als Lehrer zu arbeiten, einhergehen.
11. Die Einstellung an der Wunschschule sollte unbürokratischer ablaufen. Schulscharfe Ausschreibungen und Bewerbungen sowie Vorverträge zwischen Schulen und Lehramtsanwärtern müssen möglich sein. Das System des Lehrercastings ist für Interessenten abschreckend, eine Teilnahme darf keine Pflicht sein. Durch Wartezeit auf Nachrückerlisten nehmen Bewerber zwischenzeitlich andere Angebote an. Die Einstellungszusage für alle Referendare muss aufrechterhalten bleiben die Angebote müssen aber schneller erfolgen. Die Abkehr von der Zwangssteuerung der Bewerber in die sogenannten Bedarfsbezirke, wie sie von der AfD-Fraktion gefordert wurde, ist der richtige Weg.

12. Berliner Schulen benötigen ein Konzept zur langfristigen Bindung von Lehrkräften. Dies soll darauf zielen, der Abwanderung von Lehrern entgegenzuwirken und chronische Erkrankungen zu verhindern. Dazu gehört die Gesundheitsprävention in der Einstiegs- und Senioritätsphase von Lehrkräften. Insbesondere Junglehrer erleiden durchschnittlich oft Burnouts. Sinnvoll ist darum ein Mentoring für Junglehrer zum Gesundheitsschutz und zur Qualitätssicherung. Allgemein sollten Trainings zur Gesundheitsförderung von Lehrern eingesetzt werden, wie z.B. AGIL. Präsentismus, d.h. die Berufsausübung trotz Krankheit, muss als Problem begriffen werden. Diese Form der Selbstausschöpfung macht auf Dauer krank. Auch Anträge auf Umsetzung innerhalb Berlins sollten unbürokratischer gehandhabt werden, wenn Lehrer an einer Schule nicht zurechtkommen.

13. Einen attraktiven Arbeitsplatz für Lehrer zu schaffen, ist auch im räumlichen Sinne zu verstehen. Hinreichend große und modern eingerichtete Lehrerzimmer bilden nicht nur ein Zeichen der Wertschätzung des Lehrkörpers, sondern verbessern nur das Arbeitsklima und die Arbeitsfähigkeit. Deshalb sollten zusätzliche Mittel zur Renovierung und Gestaltung von Lehrerzimmern und Aufenthaltsräumen bereitgestellt werden.

Berlin, den 3. September 2024

Dr. Brinker Gläser Weiß
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion